

Die „nukleare Teilhabe“ ist nicht zwingend

Erwiderung auf „Horrorzenario eines Atomkrieges“, Leserforum vom 28. Oktober

Zu der angesprochenen Problematik der „nuklearen Teilhabe“ als Hinderungsgrund für eine Unterzeichnung des UN-Atomwaffenvertrages von 2017 möchte ich hinzufügen, dass diese Teilhabe nicht unbedingt zwingend ist für ein Nato-Mitgliedsland. Ich zitiere aus einem Statement der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) vom 8.4.2019: „Andere Nato-Staaten sind aus der nuklearen Teilhabe ausgestiegen – (Kanada und Griechenland) Eine weitere Möglichkeit ist das Verbot der Stationierung atomarer Waffen in Friedenszeiten auf eigenem Boden, durchgesetzt in Dänemark, Norwegen und Spanien“.

Im Übrigen hatte Deutschland vor genau zehn Jahren die Absicht, Verhandlungen über einen Abzug der letzten noch verblieben A-Waffen zu erwägen. Das Handelsblatt schrieb dazu am 24.10.09, die künftige schwarz-gelbe Regierung wolle über einen Abzug verhandeln. Als Außenminister in dieser Regierung begann Guido Westerwelle dann im Februar 2010 in einem Brief an die Nato die Debatte erneut. Es ist davon auszugehen, dass ein solches Vorgehen zuvor sorgfältig durch Völkerrechtsspezialisten auf seine Realisierung geprüft worden war. Welches sind die Motive der strikten Ablehnung, sich von der „nuklearen Teilhabe“ zu lösen?

Letztlich ist zu fragen, ob nicht auch der Nato-Gründungsvertrag inzwischen obsolet ist, angesichts der Tatsache, dass die Mitgliedsstaaten einen Verteidigungspakt geschlossen hatten, der sich inzwischen zu einer „nuklearen Allianz“ (H. Clinton 2010) gewandelt hat, die bedenkenlos das Szenario eines Atomkrieges durchspielt. Zumindest wäre für die Regierung jetzt dringend der Zeitpunkt gekommen, dem Beispiel von Kanada und Griechenland zu folgen, die „nukleare Teilhabe“ aufzukündigen und dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Damit würde die Regierung auch den Verpflichtungen des Grundgesetzes nachkommen.
Jutta-Maria Roth, Königswinter

Von wegen kulturelle Teilhabe

„Making van Gogh“: „Der Sonnenblumen Kern“, FR-Feuilleton vom 31. Oktober

Zuerst ist da mal das Englisch im Titel, um das Verhältnis Deutschlands zu einem Niederländer zu klären. Kunst und Kommerz eben, man muss an globale Märkte, an die Finanzindustrie denken, und man fühlt sich abgehängt, wenn es für einen im Alltag keine Veranlassung gibt ein solches Business-Englisch zu sprechen. Dann weiter: bis zu 18 Euro Eintritt. Das Existenzminimum sieht monatlich 40,68 Euro

für Freizeit, Unterhaltung, Kultur vor, also für alles: Zeitschriften, Bücher, Kino, Kunst. Das aber auch nur, wenn man mit 147,83 Euro für Food, Verzeihung: Lebensmittel – ohne Alkohol – auskommt. Und Anreise für Auswärtige? Niente! Socken, Kravatten, Gouda-Waffeln? Passt schon! Viele sind nicht nur durch die Herrschaft sprachlicher Formulierungen abgehängt, auch finanziell ist es oft nix mit Bildung

oder gar einem Kompensationsfrustkauf, womit wir wieder bei Höcke wären. Es ist fürs Ego eben einfacher, Hass zu entwickeln, als den undurchdachten Mechanismen, wie sie im Titel dieser Van-Gogh-Ausstellung deutlich werden, einer um den Globus jettenden Kulturelite, neue Ideen entgegenzusetzen. Integration ist keine Einbahnstraße, Kultur permanenter Wandel. Karsten Neumann, Nürnberg

Die Thesen der Preisträger

Wirtschaftsnobelpreis: „Wie im Kleinen, so im Großen“, FR-Feuilleton vom 17.10.

Ein halbes Jahr nach Erscheinen von „Poor Economics. A Radical Rethinking of the Way to Fight Global Poverty“ habe ich mir im Herbst 2011 das Buch liefern lassen. 2015 erwarb ich auch die deutsche Taschenbuchausgabe und habe sie verschenkt. Das Ehepaar Duflo/Banerjee schildert viele interessante Erfahrungen. Die ketten sie leider an die seltsame Theorie ihres Kollegen Michael Kerner: Wenn man die Menschheitsgeschichte zurückblicke (ab etwa einer Million Jahre vor unserer Zeit), dann seien die Regionen oder Staaten, die mehr Einwohner hätten, stets schneller gewachsen als der Rest.“ Nach meiner Meinung ist das Unsinn hoch drei.

Doch kann man diese wirtschaftsgeschichtliche Argumentation beiseitelassen. Es reicht, sich die Statistiken der Weltbank zu den Ländern mit hohem, oberem mittlerem, unterem mittlerem und niedrigem Einkommen in den Jahren 1960, 1980, 2000 und 2017 anzusehen. Zwei medizinische Werte zeigen deutlich den allgemeinen Fortschritt und die Unterschiede zwischen den Gruppen: die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt und der Bruchteil der Kinder, der vor dem Alter von fünf Jahren stirbt. Je weniger Kinder die Frauen haben, desto besser sind deren Chancen.

Und wie verhält es sich mit dem Bevölkerungswachstum und dem wirtschaftlichen Fortschritt? Hier haben Bannerjee/Duflo ein

merkwürdige Argumentation vorgelegt: Ihre 18-Länder-Studie zeige, dass Kinder aus großen Familien häufiger weniger Bildung erhielten, aber das gelte nicht überall; ländliche Regionen in Indonesien, die Elfenbeinküste und Ghana gehörten zu den Ausnahmen. Die Zahlen der Weltbank zu den jeweiligen BIP pro Kopf zeigen, dass die drei Lieblingsländer des Autorenpaars von 1960 bis 2017 jeweils mehr Kinder hatten als der Weltdurchschnitt und beim Bruttoinlandsprodukt ständig darunter lagen, während China die Kinderzahl einschränken und ein Einkommen fast des Doppelten von Indonesien erreichen konnte. Wie? China investierte in Ausbildung. Am Anfang dieses Jahres erreichte eine chinesische Rakete die Rückseite des Mondes, während eine Rakete aus dem technisch fortschrittlichen Israel verloren ging.

Doch gibt es ein rundum friedliches Beispiel: Südkorea hatte 1960 pro Frau 6,1 Kinder und sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug nur knapp ein Fünftel des Ghanaischen; 2017 hatten die Frauen im Schnitt 1,05 Kinder und sein BIP pro Kopf war 15mal so groß wie jenes von Ghana. Bei den Patentanträgen durch Einheimische, bei Lebenserwartung und Überlebenschancen der Kinder gehört es mit zur Spitze. Wie hat es diese Ziele ohne Zwangssterilisierung und Zwangsabtreibungen erreicht?

Armin Amrhein, Ahrensburg